



Dezember 2025

Adrian Grasse, MdB

NEWSLETTER AUS DEM BUNDESTAG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Steglitz-Zehlendorfer,**

ein ereignisreiches Jahr 2025 neigt sich dem Ende zu. Trotz neuer Bundesregierung bleibt die Ausgangslage schwierig: Eine abgeschwächte Konjunktur, hohe Standortkosten, der zunehmende Fachkräftemangel und ein wachsender Reformstau in zentralen Bereichen haben das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Unternehmen erheblich belastet.

Gleichzeitig wird in einer Zeit globaler Krisen, geopolitischer Spannungen und wirtschaftlicher Machtverschiebungen immer klarer: Außenpolitische Stärke beginnt im eigenen Land. Ein Staat kann international nur dann Gewicht entfalten, wenn er über eine robuste wirtschaftliche Basis verfügt, zumal Deutschland als Exportnation und wirtschaftliches Zentrum Europas in besonderem Maße darauf angewiesen ist, seine ökonomische Leistungsfähigkeit zu sichern. Um außenpolitisch handlungsfähig zu bleiben, müssen wir im Inneren die Voraussetzungen schaffen.

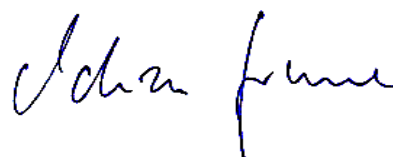
Deutschland braucht eine stabile Regierung, aber tiefgreifende wirtschaftspolitische und sozialstaatliche Reformen dulden keinen Aufschub mehr. Die nächsten Monate sind entscheidend, um unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln und Wachstum zu ermöglichen. Als CDU/CSU-Fraktion setzen wir alles daran, dass unser wirtschaftlicher Motor wieder auf Hochtouren läuft. Denn ein Land, das Wohlstand schafft, schafft auch Sicherheit. Ein Land, das Innovation hervorbringt, gewinnt Einfluss. Und ein Land, das wirtschaftlich erfolgreich ist, kann unabhängig und souverän handeln.

Für uns ist klar: Sozialleistungen müssen zukünftig wieder zielgerichtet eingesetzt und Eigenverantwortung gestärkt werden. Wir müssen daher das Bürgergeld abschaffen, um Fehlanreize zu vermeiden und den Sozialstaat effizienter zu machen. Auch das Rentensystem muss reformiert und an den demografischen Wandel angepasst werden. Die Rentenkommission wird hierfür noch im kommenden Jahr Empfehlungen vorlegen.

2026 stehen richtungsweisende Entscheidungen an, die unseren Bezirk, unsere Stadt und unser Land prägen werden. Neben dem Berliner Abgeordnetenhaus werden weitere vier Landtage neu gewählt. Die Berliner CDU wird für ein starkes Ergebnis im September kämpfen, damit das Rote Rathaus weiterhin schwarz regiert wird.

Ich werde mich auch im kommenden Jahr mit voller Kraft für eine verlässliche Politik der Vernunft und für Reformen einsetzen, die unser Land zukunftsfest machen. Am Ende dieses bewegten Jahres danke ich Ihnen herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit, besinnliche Feiertage und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2026.

Herzliche Grüße



Auftaktveranstaltung zur Hightech Agenda Deutschland (HTAD)



Ende Oktober versammelte die Auftaktveranstaltung zur Hightech Agenda Deutschland (HTAD) über 800 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik am EUREF Campus in Berlin. Die Veranstaltung markierte den Start der HTAD, die über die gesamte Legislaturperiode und darüber hinaus ausgerollt wird und mit 18 Milliarden Euro unterlegt ist. Die HTAD ist der Beitrag der Bundesregierung, um Deutschland wieder in die technologische Weltspitze zu führen und seine technologische Souveränität zu stärken – und damit die wirtschaftliche Erholung des Landes voranzutreiben.

Die HTAD ist dabei mehr als nur eine Strategie – sie ist Auftrag und Startschuss für konkrete Maßnahmen, mit denen Deutschland in sechs prioritären Schlüsseltechnologien weltweit wieder eine Spitzenposition einnehmen will: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie Technologien für eine klimaneutrale Mobilität.

In seiner Eröffnungsrede verdeutlichte Bundeskanzler Friedrich Merz, dass Innovationspolitik für die unionsgeführte Bundesregierung Priorität hat und Deutschland seine Fähigkeit verbessern

muss, Forschung schneller in die Praxis zu bringen. Vorrangiges Ziel ist eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Forschungspolitik: auf Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und technologische Souveränität.

Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) erklärte, man wolle Deutschland wieder zu einem Magnet für Talente, Kapital und Hightech-Unternehmen machen. „Made in Germany“ werde wieder für Fortschritt, Wohlstand und sichere Jobs stehen. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden in sechs parallelen Breakout-Sessions die zentralen Zukunftsfelder Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie Technologien für eine klimaneutrale Mobilität, vertieft.

<https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/2025/10/221025-hightech-agenda-auftakt.html>

Astronaut Alexander Gerst im Ausschuss für Forschung, Technologie und Raumfahrt



Im Vorfeld der Ministerratskonferenz der European Space Agency (ESA) am 26. und 27. November in Bremen fand im Forschungsausschuss des Bundestags ein öffentliches Fachgespräch statt, zu dem neben dem ESA-Direktor für astronautische und robotische Exploration, Daniel Neuenschwander, auch der Astronaut Dr. Alexander Gerst vom EAC

European Astronaut Centre als Sachverständiger geladen war. Letzterer machte deutlich, dass Deutschland eine starke Rolle in der ESA einnehmen und mutige, ambitionierte Entscheidungen treffen müsse, um Europas Zukunft im All zu sichern. Gerst betonte zudem, dass der Weltraum längst zum „8. Kontinent“ geworden sei – ein Raum, dessen Erschließung und nachhaltige Nutzung für Wohlstand, Sicherheit und technologische Souveränität Europas entscheidend sei.

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag setzt sich dafür ein, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung, Innovation und neue Technologien zu stärken. Dabei ist die Raumfahrt alles andere als eine Prestige-Frage, sondern Innovationstreiber und eine strategische Säule unserer Forschungs- und Sicherheitspolitik. Europa muss sich strategisch unabhängig machen und Deutschland kann hierfür einen Beitrag leisten.

Bei der Ministerratskonferenz haben die Mitgliedstaaten das Gesamtprogramm der ESA für die nächsten drei Jahre festgelegt. Deutschland stellt 5,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bereit. Bundesforschungsministerin Dorothee Bär zeigte sich erfreut über die Ergebnisse der Konferenz: Mit einer deutlichen Steigerung ist Deutschland beitragsstärkster ESA-Mitgliedstaat und erstmals beteiligt sich auch das Bundesverteidigungsministerium mit einem Beitrag. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage ist das ein klares Signal, dass Forschung und Raumfahrt als Zukunftsinvestitionen Priorität genießen und mit Deutschland und der EU zu rechnen ist.

Ein besonders herausragender Beschluss der Konferenz ist, dass erstmals ein deutscher Astronaut im Rahmen des Artemis-Programms zum Mond fliegen wird – ein historischer Schritt für die europäische und deutsche bemannte Raumfahrt und ein starkes Bekenntnis zur aktiven Mitgestaltung der nächsten Phase der globalen Exploration. Gleichzeitig vollzieht die ESA nun einen echten Paradigmenwechsel hin zu wettbewerblichen, nutzer- und anwendungsorientierten Ansätzen, um einerseits Souveränität im All zu schaffen und andererseits für Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft zu sorgen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw46-pa-forschung-112189>

Pläne für ein Wohncontainerdorf (WCD) in der Thielallee sind vom Tisch

Kein Wohncontainerdorf auf dem Campus der FU in der Thielallee 63! Pläne vom Tisch!

CDU
STEGELITZ-ZEHLENDORF

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Dahlemerinnen und Dahlemer,

wir wenden uns heute an Sie, um über eine wichtige Entscheidung des Berliner Senats zu informieren, die auch unseren Ortsteil Dahlem unmittelbar betrifft. In der Sitzung des Koalitionsausschusses von CDU und SPD am 14. November 2025 wurde beschlossen, vorerst keine neuen Flüchtlingsunterkünfte in den Berliner Bezirken zu errichten und die Planungen für zusätzliche dezentrale Standorte nicht weiter zu verfolgen. Diese Entscheidung wurde unter anderem mit den deutlich rückläufigen Flüchtlingszahlen begründet, die das Ergebnis der auf Bundesebene eingeleiteten Migrationswende sind und die einen Ausbau der Unterbringungskapazitäten nicht erforderlich machen.

Dieser Beschluss des CDU-geführten Senats betrifft auch den geplanten Standort in der **Thielallee 63 in Dahlem**, wo auf dem Parkplatz der Freien Universität Berlin ursprünglich ein Wohncontainerdorf (WCD) für 220 Geflüchtete entstehen sollte. Die Errichtung dieser Unterkunft wird nunmehr nicht weiterverfolgt.



Wir möchten uns bei Ihnen für den offenen und konstruktiven Austausch bedanken, den wir in den vergangenen Monaten geführt haben. Auch die Informationsveranstaltung für die Anwohnerschaft, zu der viele von Ihnen persönlich erschienen sind, hat eindrucksvoll gezeigt, wie engagiert und sachorientiert Sie sich mit dem geplanten Vorhaben auseinandergesetzt haben und wie sehr Ihnen die Entwicklung Ihres Wohnumfeldes am Herzen liegt. Ihre Hinweise und kritischen Anmerkungen waren nicht nur inhaltlich begründet, sondern haben wesentlich zur öffentlichen Diskussion und der politischen Debatte beigetragen. Hierzu zählen:

Seit der auf Bundesebene eingeleiteten Migrationswende, die von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) energisch umgesetzt wird, sind die Flüchtlingszahlen deutlich zurückgegangen. Verstärkte Grenzkontrollen, konsequente Abschiebungen und die Rücknahme der Turboeinbürgerung zeigen Wirkung, so dass eine Ausweitung der Unterbringungskapazitäten nicht mehr erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund hat der CDU-geführte Berliner Senat auf der Basis eines Beschlusses des Koalitionsausschusses am 14. November entschieden, keine neuen Flüchtlingsunterkünfte zu errichten und die bisherigen Planungen für zusätzliche dezentrale Standorte in den Bezirken nicht weiterzuverfolgen.

Diese Entscheidung betrifft auch den geplanten Standort in der Thielallee 63 in Dahlem, wo auf dem Parkplatz der Freien Universität Berlin ursprünglich ein Wohncontainerdorf (WCD) für 220 Geflüchtete entstehen sollte. Die Errichtung dieser Unterkunft wird nunmehr nicht weiterverfolgt. In einem Schreiben an die Anwohnerinnen und Anwohner hat sich der Bundestagsabgeordnete für Steglitz-Zehlendorf, Adrian Grasse, gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Stephan Standfuß sowie dem Ortsvorsitzenden

der CDU Dahlem, Christoph Wegener, für den offenen und konstruktiven Austausch in den zurückliegenden Monaten bedankt. Alle Betroffenen haben sich engagiert und sachorientiert mit dem geplanten Vorhaben auseinandergesetzt. Die zahlreichen Hinweise und kritischen Anmerkungen waren nicht nur inhaltlich begründet, sondern haben wesentlich zur öffentlichen Diskussion und der politischen Debatte beigetragen. Hierzu zählten:

- Die Eignungsfeststellung des Standortes in der Thielallee 63 lediglich auf der Grundlage eines Quick-Check-Verfahrens;
- Denkmalschutzfachliche Bedenken: Die Thielallee 63 liegt in einem sensiblen städtebaulichen Umfeld mit geschützten baulichen Anlagen. Ein Wohncontainerdorf in unmittelbarer Nähe zum Hahn-Meitner-Bau der Freien Universität hätte das Erscheinungsbild des Gebäudeensembles spürbar beeinträchtigt;
- Bedenken hinsichtlich der Eignung des Standortes aufgrund eines Nutzungskonflikts, der aus den Plänen der Freien Universität Berlin zur Hochschulentwicklung und deren Bedeutung für den Wissenschaftsstandort Berlin resultiert sowie
- Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Errichtung eines Wohncontainerdorfs angesichts der Kosten von mindestens 15,5 Millionen Euro, während bereits erprobte Bestandsgebäude der BImA nur wenige hundert Meter entfernt in der Thielallee 88 leer stehen;

Der Beschluss des CDU-geführten Senats macht deutlich, dass politische Entscheidungen immer im Kontext der gesamtstädtischen Lage getroffen werden müssen – einschließlich aktueller Entwicklungen wie der deutlich rückläufigen Zahl an Geflüchteten seit der letzten Bundestagswahl. Adrian Grasse bezeichnete den Beschluss als gemeinsamen Erfolg und sicherte zu, den Prozess auch weiter eng begleiten und sich auch in Zukunft dafür einzusetzen, dass Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern getroffen werden.

Rede zum Haushalt des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt



In seiner Rede zum Einzelplan 30 des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) am 28. November hat Adrian Grasse deutlich gemacht: Gute Forschung ist Standort-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zugleich. Und sie braucht Verlässlichkeit.

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt sieht im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 21,82 Milliarden Euro (2025: 22,36 Milliarden Euro) vor. Das sind 559,27 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf. CDU und CSU haben im Haushalt klare Schwerpunkte gesetzt:

Auch vor dem Hintergrund des gestiegenen Antisemitismus stärkt die Union die Forschung zu jüdischem Leben heute mit 2 Millionen Euro im Jahr 2026 und 6 Millionen Euro in den Folgejahren für den Aufbau eines Kompetenznetzwerks für jüdische Gegenwartsforschung.

Für technologische Souveränität wird echte China-Kompetenz benötigt: unabhängige Forschung, Sprachkenntnisse, kritische Analyse. Daher werden 800.000 Euro im Jahr 2026 und 5,4 Millionen Euro in den Folgejahren in den Aufbau eines Kompetenznetzwerks unabhängiger Chinawissenschaften investiert.

In seiner Rede machte Adrian Grasse deutlich: Beide Kompetenznetzwerke stehen für eine Forschungspolitik, die Freiheit schützt, Resilienz stärkt und gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Er unterstrich

damit, dass die Union für eine moderne Forschungs- politik steht, die Zukunft gestaltet.

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7645658>

Kanzleramtschef Thorsten Frei in der AG Forschung, Technologie und Raumfahrt



Im November war Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramts, zu Gast in einer Sitzung der Arbeitsgruppe Forschung, Technologie und Raumfahrt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um mit den Mitgliedern über die strategische Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation für den Standort Deutschland und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen. Er betonte, dass Wissenschaft und Forschung für die unionsgeführte Bundesregierung Priorität genießen und man gezielt daran arbeiten werde, bürokratische Hürden abzubauen, um Investitionen in Zukunftstechnologien zu erleichtern.

Der Besuch von Thorsten Frei hat deutlich gemacht: Forschungs- und Innovationspolitik haben im Kanzleramt einen hohen Stellenwert. Mit dieser starken Rückendeckung wollen wir unsere Innovationskraft sichern, damit Deutschland Forschungsland Nummer

1 in Europa bleibt. Dafür braucht es mehr Freiheit und Flexibilität für Forschungseinrichtungen durch das Innovationsfreiheitsgesetz, verlässliche Forschungssicherheit mit klaren rechtlichen Leitplanken sowie echten Bürokratieabbau, damit unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher wieder forschen können, anstatt Formulare ausfüllen zu müssen.

Diskussionsabend mit WELT-Herausgeber Dr. Ulf Poschardt im Bundestag



Ein besonderes Highlight fand am 20. November im Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt: Auf Einladung von Adrian Grasse war Dr. Ulf Poschardt, Journalist, Podcast-Moderator sowie Herausgeber von WELT, Politico und Business Insider, zu Gast. Vor mehr als 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entwickelte sich ein ebenso spannender wie kurzweiliger Gesprächsabend.

Ulf Poschardt sprach gewohnt pointiert über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Er stellte nicht nur zentrale Thesen aus seinem aktuellen Buch „Shitbürgertum“ vor, sondern gab auch einen Ausblick auf sein nächstes Projekt „Bückbürgertum“. Dabei betonte er, dass ein selbstbewusstes, freiheit-

lich denkendes Bürgertum die tragende Säule einer liberalen Demokratie sei. Bürgertum bedeute für ihn nicht Besitz oder Status, sondern Haltung: Leistungsbereitschaft, Mut zum eigenen Urteil, Respekt vor der Freiheit des anderen und die Bereitschaft, für diese Werte einzustehen. Vor diesem Hintergrund richtete er dann auch die Frage ans Publikum: „Was war eigentlich Ihre bürgerliche Haltung dazu?“

Mit seinen klaren Analysen und provokanten Impulsen legte Ulf Poschardt den Finger in die Wunde – und stieß eine lebhafte Diskussion über Verantwortung, Freiheit und die Rolle des Bürgertums in unserer Demokratie an. Adrian Grasse, der als Gastgeber in den Abend einführte, zeigte sich erfreut über die Zusage Ulf Poschardts, den Austausch bei Gelegenheit fortzusetzen.

Austausch mit BBAW-Präsident Prof. Dr. Marksches im Bundestag



Mit dem Einzelplan 30 hat der Deutsche Bundestag im September den Haushalt 2025 für das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) verabschiedet. Damit werden gezielte Investitionen in die Wertschöpfung, Innovationskraft und technologische Souveränität Deutschlands ermöglicht. Der Etat von Bundesministerin Dorothee Bär (CSU) beläuft sich auf insgesamt 22,36 Milliarden Euro.

Im November hat sich Adrian Grasse in seinem Bundestagsbüro im Paul-Löbe-Haus mit Prof. Dr. Christoph Marksches zu aktuellen Themen der Wissenschaftspolitik ausgetauscht. Der Theologe und Leibniz-Preisträger Prof. Dr. Marksches ist nicht nur seit 2020 Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), sondern auch ehemaliger Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, der Alma Mater von Adrian Grasse.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuellen Herausforderungen und Chancen für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland, die Hightech Agenda der Bundesregierung, die Verantwortung der Wissenschaft in krisenhaften Zeiten sowie das Potenzial neuer Technologien. Besonders spannend: Die BBAW leistet auch im Bereich Künstliche Intelligenz großartige Arbeit. Mit ihrem KI-Lab bei TELOTA entwickelt die Akademie digitale Tools, erprobt KI-gestützte Analyseverfahren und stärkt so Innovationen in den Geisteswissenschaften.

Der Austausch hat deutlich gemacht, wie wichtig wissenschaftliche Expertise ist, um technologische Entwicklungen verantwortungsvoll zu gestalten und für Politik und Gesellschaft nutzbar zu machen.

<https://www.bbaw.de/>

Wissenschaft trifft Politik beim Fraunhofer Forschungsmanager-Programm



Am 20. November hatte Adrian Grasse die Gelegenheit, als Referent beim Fraunhofer Forschungsmanager-Programm im Fraunhofer Fo-

rum Berlin teilzunehmen. Das renommierte Nachwuchsprogramm unterstützt seit nunmehr elf Jahren junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dabei, Management- und Führungskompetenzen in der Forschung zu entwickeln.

Im Rahmen des gemeinsamen Austausches konnte Adrian Grasse den Nachwuchs-Forschungsmanagern die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft näherbringen. Ziel war es, ein Verständnis für politische Prozesse zu schaffen und die Relevanz von wissenschaftlicher Expertise für politische Entscheidungen zu verdeutlichen. Besonders wichtig war es ihm, den jungen Talenten Einblicke in seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter zu geben: Wie politische Entscheidungen entstehen, welche Herausforderungen es im parlamentarischen Alltag gibt und wie Forschung und Politik sich gegenseitig unterstützen können. Die angeregte Diskussion zeigte einmal mehr, wie wertvoll der direkte Austausch zwischen Politik und Wissenschaft ist. Die Impulse aus diesem Programm sind ein wichtiger Beitrag, um die Brücke zwischen Forschung und Politik weiter zu stärken.

Gespräch mit der Hanns-Seidel-Stiftung



Mit Dr. Alexander Wolf, dem Leiter des Hauptstadtbüros der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), und Eleonora Heinze, der stellvertretenden Leiterin, hat sich

Adrian Grasse im Deutschen Bundestag zu einem spannenden Austausch getroffen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen aktuelle politische Themen, Projekte und gemeinsame Anknüpfungspunkte — insbesondere mit Blick auf die Begabtenförderung, die Adrian Grasse nicht nur als zuständigem Berichterstatter seiner Fraktion, sondern auch persönlich ein wichtiges Anliegen ist. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung, die nach dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hanns Seidel benannt ist, leistet mit ihren vielfältigen Bildungsangeboten und ihrem Stipendienprogramm einen bedeutenden Beitrag zur Unterstützung junger Talente und zur Ermöglichung ihres gesellschaftlichen Engagements.

Seit ihrer Gründung am 11. April 1967 betreibt die HSS politische Bildungsarbeit mit dem in ihrer Satzung formulierten Ziel, die „demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage“ zu fördern.

Darüber hinaus engagiert sich die Stiftung in Deutschland wie international für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige Entwicklung und politische Bildungsarbeit. Diese Arbeit eröffnet wichtige Perspektiven und stärkt die Kompetenz vieler junger Menschen, sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen.

<https://www.hss.de/>

Konstituierung des Fachausschusses Forschung, Innovation und neue Geschäftsmodelle der CDU Deutsch- lands



In Anwesenheit des CDU-Generalsekretärs Carsten Linnemann hat sich Mitte November der Bundes-

fachausschuss Forschung, Innovation und neue Geschäftsmodelle (BFA) in Berlin konstituiert.

Rund 30 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden fortan als Takt- und Ideengeber den Kurs der CDU Deutschlands mitprägen. Auf Vorschlag des Generalsekretärs wurde Thüringens Ministerpräsident Prof. Dr. Mario Voigt einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Stephan Albani, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Deutschen Bundestag, bestätigt.

Auch Adrian Grasse wird sich zukünftig als Mitglied im BFA einbringen und daran mitwirken, Deutschland im globalen Wettbewerb zu stärken. Zu den zentralen Fragestellungen, denen man sich gezielt widmen möchte, gehören unter anderem, wie es gelingen kann, Patente zur Marktreife zu führen, mehr Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu ermöglichen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Start-ups aus der Wissenschaft benötigtes Wagniskapital erhalten. Das übergeordnete Ziel der Arbeit des Bundesfachausschusses, der sich als strategischer Thinktank versteht, ist es, Deutschland langfristig innovativ und wettbewerbsfähig aufzustellen und durch Forschungstransfer Wertschöpfung zu generieren. Mit der Hightech Agenda, die sechs Schlüsseltechnologien in den Fokus nimmt, hat die unionsgeführte Bundesregierung bereits ein starkes Zeichen für den Forschungsstandort gesetzt.

<https://www.cdu.de/bfa-forschung-innovation-und-neue-geschaeftsmodelle/>

Verleihung des Deutschen Studienpreises 2025



Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) wurde im Kaisersaal der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) Anfang Dezember der Deutsche Studienpreis der Körber-Stiftung verliehen. Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion gratulierte Adrian Grasse den Preisträgerinnen und Preisträgern vor Ort persönlich. Die Körber-Stiftung zeichnet jedes Jahr die besten Dissertationen in drei Fächergruppen aus: in den Sozialwissenschaften, den Natur- und Technikwissenschaften sowie den Geistes- und Kulturwissenschaften. Entscheidend ist dabei nicht nur die wissenschaftliche Exzellenz, sondern vor allem die gesellschaftliche Relevanz der Forschung als Ausdruck von Wissenschaft, die wirkt. Denn Wissenschaft und Forschung sind kein Selbstzweck, sondern zentrale Treiber für den Fortschritt in unserem Land. Der Deutsche Studienpreis ehrt daher nicht nur exzellente Köpfe, sondern auch gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein.

Mehr über die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger:

<https://koerber-stiftung.de/projekte/deutscher-studienpreis/preistraegerinnen-2025/>

Austausch mit dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



Mit Prof. Dr. Walter Rosenthal, dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), hat sich Adrian Grasse kürzlich im Bundestag zu aktuellen wissenschafts- und forschungspolitischen Themen ausgetauscht.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen zentrale Zukunftsfragen der Hochschulen: Exzellente Wissenschaft und Forschung, die Hightech-Agenda der Bundesregierung (HTAD), der entschlossene Kampf gegen Antisemitismus auf dem Campus sowie der Abbau enormer Sanierungsbedarfe vieler Standorte.

Erfreut zeigte sich Prof. Dr. Rosenthal darüber, dass sich Bund und Länder kürzlich in einer Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) darauf verständigt haben, die Programmpauschale für von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Forschung von bislang 22 auf künftig 25 Prozent zu erhöhen. Damit setzen CDU, CSU und SPD nun ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um.

Podiumsdiskussion bei der Berlin Science Week



Die Berlin Science Week feierte in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum. Unter dem Motto „Beyond Now“ stand dabei die Frage im Mittelpunkt, wie Wissenschaft helfen kann, über die Krisen der Gegenwart hinauszublicken und neue Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Jedes Jahr bringt die Berlin Science Week Wissenschaft aus den Institutionen hinaus in unsere Hauptstadt.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Tierversuchsforschungsgesetz nahm Adrian Grasse an der Podiumsdiskussion „Zeitenwende in der Gesundheitsforschung: Verantwortung und Kommunikation im Umgang mit Tierversuchen“ teil. Gemeinsam mit weiteren Expertinnen und Experten aus der Wissen-

schaft, dem Gesundheitswesen und den Medien ging es unter anderem um die Frage, wie der Kulturwandel hin zu einer offenen, sachlichen und an wissenschaftlichen Fakten orientierten Kommunikation über die Verwendung von Tieren zu Versuchszwecken in der Forschung weiter vorangetrieben werden kann. Die Expertinnen und Experten auf dem Podium waren sich einig, dass man auf Tiere in der Forschung auch in absehbarer Zeit nicht verzichten kann, auch wenn die 3 R-Forschung nach dem Prinzip „Refine, Reduce, Replace“ bereits zur Reduzierung von Tierversuchen beigetragen hat.

Adrian Grasse machte in der Diskussion deutlich, dass mit dem geplanten Tierversuchsforschungsgesetz der unionsgeführten Bundesregierung nicht eine Absenkung von Tierschutzstandards, sondern die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Forschung geplant ist. Dazu zählen unter anderem beschleunigte Antragsverfahren, der Abbau von Bürokratie durch Digitalisierung und eine bundesweite Harmonisierung der Genehmigungspraxis. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit hängt auch vom Fortschritt der biomedizinischen Forschung ab, die auf Erkenntnisse durch Tierversuche für die Entwicklung von Therapien gegen komplexe Volkskrankheiten wie Alzheimer oder Krebs angewiesen ist. Die Diskussion hat gezeigt, dass es möglich sein muss, den verantwortungsvollen Einsatz von Tieren in der Forschung rechtssicher zu regeln, ohne den Tierschutz auszuhebeln.

<https://berlinscienceweek.com/programme/zeitenwende-der-gesundheitsforschung-verantwortung-und-kommunikation-im-umgang-mit-tierversuchen>

Wunschbaumaktion in Steglitz-Zehlendorf

Bis zum 11. Dezember fand im Rathaus Steglitz und im Rathaus Zehlendorf die Wunschbaum-Aktion statt – eine großartige Tradition, mit der Kindern aus Familien in schwierigen Lebenslagen zur Weihnachtszeit Herzenswünsche erfüllt werden.

Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen haben soziale Einrichtungen in diesem Jahr rund 7.000 Wunschsterne gebastelt, beschriftet und anschließend an teilnehmende Behörden, Firmen, Rathäuser, Einkaufszentren und Bibliotheken verteilt.

Die Adventszeit erinnert uns daran, wie wichtig Zusammenhalt, Mitmenschlichkeit und gesellschaftliches Engagement sind. Politik kann vieles gestalten, aber echte Gemeinschaft entsteht dann, wenn Menschen gemeinsam anpacken. Auch Adrian Grasse setzte ein Zeichen der Unterstützung und erfüllte einem Kind einen echten Herzenswunsch. Ein großer Dank gilt dem Verein Schenk doch mal ein Lächeln e.V., der die berlinweite Wunschbaum-Aktion vor zehn Jahren ins Leben gerufen hat.



Weitere Informationen
zur Wunschbaum-Aktion:

<https://sdmel.de/wunschbaum-aktion/>

Fachgespräch zur Initiative Forschung und Anwendung

Im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs im Forschungsausschuss zum Thema „Forschung & Anwendung“ stellten sich die geladenen Sachverständigen den Fragen der Abgeordneten. Neben Karim Khakzar von der Hochschule Fulda, Kira Kastell von der Hochschulallianz für den Mittelstand (HfM), Klaus Jansen von der Deutschen Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse und Andrea Frank vom Stifterverband nahm auch Andreas Zaby, Innovationsmanager bei der Bundesagentur für Sprungin-

novationen (SPRIND), als Vertreter der HWR an der Sitzung teil. Die Sachverständigen waren sich einig, dass Deutschland sein Innovationspotenzial künftig deutlich besser ausschöpfen könne, wenn die politischen und strukturellen Rahmenbedingungen weiter verbessert würden.

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, den Transfer zwischen Forschung und Wirtschaft gezielt zu stärken. Unter der Dachmarke „Initiative Forschung & Anwendung“ setzt die Bundesregierung dabei auf drei Säulen:

1. die Förderprogramme ZIM, IGF und INNO-KOM,
2. einen neu konzipierten Transferbooster und
3. die Gründung einer Deutschen Anwendungsforschungsgemeinschaft (DAFG).

Wie diese Dachmarke konkret ausgestaltet werden kann, erläuterten die Experten im Ausschuss. Andreas Zaby betonte den dringenden Bedarf an einer wirksameren Innovationsförderung in Deutschland und plädierte dafür, die zusätzlichen Mittel der DAFG allen Hochschultypen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugänglich zu machen. Aus seiner Sicht müsse die Idee im Mittelpunkt stehen – nicht deren institutionelle Herkunft. Die bestehenden Förderlinien für Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) sollten seiner Einschätzung nach zwar fortgeführt werden; gleichzeitig sei jedoch eine neue Institution erforderlich, da die vorhandenen Strukturen nicht über die nötige Agilität verfügten, um das geplante Vorhaben wirkungsvoll umzusetzen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw49-pa-forschung-1127668>



Prof. Dr. Fatma Deniz zur neuen Präsidentin der Technischen Universität (TU) gewählt



©Oana Popa Costea

Am 3. Dezember hat der Erweiterte Akademische Senat der TU Berlin die bisherige Vizepräsidentin für Digitalisierung und Nachhaltigkeit, Prof. Dr. Fatma Deniz, zur neuen Präsidentin gewählt. 42 Mitglieder des Erweiterten Akademischen Senats der Universität votierten für die Informatikprofessorin, die somit mehr als zwei Drittel der Stimmen erhielt. Die bisherige Präsidentin, Prof. Dr. Geraldine Rauch, konnte bei der Wahl 18 Stimmen auf sich vereinen. Es gab eine Enthaltung.

Für die Technische Universität und den Wissenschaftsstandort Berlin ist die Abwahl von Prof. Dr. Geraldine Rauch eine gute Nachricht. Die bisherige Präsidentin war wiederholt durch ihre zweifelhafte Haltung öffentlich in Erscheinung getreten und hat dem Ruf der TU Berlin damit erheblichen Schaden zugefügt. Nachdem sie im Frühjahr 2024 einen antisemitischen Post auf der Plattform X mit „Gefällt mir“ markiert hatte, wurden nicht zum ersten Mal in ihrer Amtszeit Rücktrittsforderungen laut. Wiederholt ließ sie in den Räumen der TU Berlin Extremisten gewähren, so dass selbst der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz sie aus seinem Beraterkreis strich. Auch als Sprecherin der Berlin University Alliance musste sie bereits ihren Hut nehmen. Einsicht ließ die 43-jährige jedoch bis heute vermissen.

Bereits zu seiner Zeit als wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus kritisierte Adrian Grasse das Vorgehen und die aktivistische Haltung von Frau Prof. Rauch und forderte sie auf, von ihrem Amt zurückzutreten, um weiteren Schaden von der Universität abzuwenden. Als Bundestagsabgeordneter wiederholte er seine For-

derung, nachdem sie versucht hatte, eine jüdisch-kurdische Veranstaltung an der TU im Vorfeld zu verhindern und damit auch die Gefahr islamistischer Ideologien verharmloste. Mit dem Wechsel an der Spitze der TU bietet sich nun die Möglichkeit für einen echten Neuanfang.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/sie-befeuert-vorurteile-gegen-bedrohte-minderheiten-prasidentin-der-tu-berlin-wegen-angriff-auf-judisch-kurdische-veranstaltung-in-der-kritik-14633219.html>

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/juedische-studenten-fordern-geraldine-rauchs-abgang/>

Praktikum im Bundestagsbüro: Adrian Grasse dankt Lance Sweetwood



Von November bis Dezember absolvierte Lance Sweetwood, der derzeit an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Angewandte Nordamerikastudien studiert, ein Praktikum im Bundestagsbüro von Adrian Grasse. In dieser Zeit erhielt Lance nicht nur einen umfassenden Einblick hinter die Kulissen des politischen Betriebs, sondern auch in die vielfältigen Abläufe der parlamentarischen Arbeit. Gleichzeitig unterstützte er das gesamte Team tatkräftig durch seine zuverlässige und motivierte Mitarbeit.

Ob bei der Vorbereitung von Veranstaltungen, der Recherche zu fachpolitischen Themen oder der täglichen Büroorganisation – Lance zeigte durchweg Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und ein ausgeprägtes Interesse für politische Zusammenhänge. Mit seiner freundlichen Art und seiner positiven Energie war er eine echte Bereicherung für das Team.

Adrian Grasse bedankt sich herzlich für Lances engagierte Unterstützung und wünscht ihm für seinen weiteren Lebensweg – sowohl beruflich als auch privat – alles Gute und viel Erfolg.



Kontakt:

Adrian Grasse, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 75460
E-Mail: adrian.grasse@bundestag.de



Ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Und alles Gute für das neue Jahr!

© Bundestag CDU - Bundestagsschulung | Kanzlei und Mitarbeiter | Kanzleimitarbeiterin F. 1075 Berlin | www.cdu.de/bundestag